

Gemeinsamer Antrag Nr. 4

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen,
des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes/FCG,
der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/UG,
der Grünen Arbeitnehmer,
dem Bündnis Mosaik,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative – International und
der Bunten Demokratie für Alle

an die 155. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. Mai 2011

NEIN ZUR WEITEREN VERLÄNDERUNG DER SPITALSFINANZIERUNG JA ZU EINER STÄRKUNG DER BUNDESWEITEN STEUERUNGSKOMPETENZEN

Es steht außer Streit, dass es im Gesundheitswesen einer besseren Steuerung bedarf. Während im Masterplan Gesundheit des Hauptverbandes eine zentralisierte Rahmenplanung angestrebt wird, wollen die Länder das Gesundheitswesen in den einzelnen Bundesländern getrennt über die Landesgesundheitsplattformen steuern. Damit wäre zwar eine übergreifende intra- und extramurale Steuerung gegeben, aber diese würde sich auf Bundesländer beschränken. Außerdem würde sie die Selbstverwaltung entwerten, weil die Länder einen Zugriff auf die SV-Budgets anstreben.

Forderung:

Die AK setzt sich demgegenüber für bundesweite Steuerungskompetenzen und eine Spitalsfinanzierung aus einem bundesweiten Topf ein.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig